

Oesterreich-Ungarischer Kriegsbericht
wib Wien, 21. Februar. Amtlich wird gemeldet:
Auf der Hochfläche von Alago und östlich der Brenta
Artilleriekampf. Die Truppen der Heeresgruppe Linsingen
sind in weiterem Vordringen und haben Novo befreit.
Der Chef des Generalstabes.

Westen

Die italienische Front als Ableiter
w Niederland, 22. 2. Über die Beschlüsse der Entente
auf der Versailler Konferenz erfährt der Korrespondent der
"Voss. Ztg." aus zuverlässiger Quelle, daß die englischen
Truppen aus Saloni nach Frankreich zurückgesogen werden
sollen, während italienische Truppen aus Griechenland nach
Italien verhoben werden. Die französischen Truppen bleiben
in Griechenland. Die italienische Front soll noch mehr
durch Kolonialtruppen aus Frankreich verstärkt werden, weil
die Alliierten die italienische Front als Ableitung für die
drohende Offensive im Westen halten wollen. Tatsache ist,
daß England in Frankreich an der wichtigsten Front im Ver-
hältnis zu seiner Armee eine ungenügende Truppenzahl unter-
hält, und daß dafür seine Alliierten koloniale Unterneh-
mungen, die rein englische Interessen vertreten, auszuführen
haben. Von einem französischen General ist in den Ver-
handlungen mit aller Ehrlichkeit darüber gesprochen worden.

Anzeige gegen Briand und Painlevé

Bern, 22. 2. Der "Bijaro" meldet: Den früheren Minister-
präsidenten Briand und Painlevé wurde die Vorladung zu
einer Vernehmung in einer gegen sie erlassenen Anzeige für
nächsten Donnerstag zugestellt. Die beiden Staatsmänner haben
an der letzten Kammerversammlung nicht mehr teilgenommen. Briand
wird der Mitwissenshaft der landesverräterischen Handlungen
Gaulaux und Bolo beschuldigt.

w Genf, 22. Febr. Die französischen Beobachterstatler im
britisch-französischen Hauptquartier wollen wissen, daß die
deutsche Unmittelbar bevorsteht. Der englische Be-
obachterstatler des Petit Journal im englischen Hauptquartier
drückt, der Stab der Deutschen werde schwer und furchtbar
sein, das unterliege keinem Zweifel. Das Ententekommando (?)
wisse ungefähr auch, wo der Durchbruchversuch erfolgen werde.
Andererseits fordern die Militärräte des Versailler Kriegs-
komitee auf, den deutschen Bormarsch in Großrussland auszu-
nützen, die Gelegenheit nicht zu veräußern und den Deutschen
schleunigst mit einer eigenen Offensive zuvor zu kommen.

Kriegsangriff auf Mannheim

w Karlsruhe, 21. Febr. Amtlich wird gemeldet: In der
Nacht zum Mittwoch wurde die offene Stadt Mannheim von
feindlichen Fliegern angegriffen. Sechs Bombe wurden ab-
geworfen und verursachten einigen Häuserschaden. Leider ist
auch eine Frau und ein Kind verletzt und ein Kind getötet
worden.

w Rotterdam, 22. 2. Aus London wird berichtet: Don-
nerstag abend 9 Uhr überflog ein deutscher Flugzeug-Geschwader
die Essex-Küste und versuchte, wieder London zu erreichen.
Kein Flugzeug vermochte jedoch die Verteidigung zu durch-
brechen.

Die Lage gegen Gambert

wi Paris, 21. 2. Nach dem "Temps" wird der Militärgouverneur von Paris vom Senat die Ermächtigung zur
Verfolgung von Charles Gambert verlangen. Die neue Forde-
rung wird gestellt wegen Einverständnisses mit dem Feinde,
eines Vergehens, welches dem Militärgericht überlassen wer-
den muß.

Belgische Minister in Rom

wi Schweizer Grenze, 22. 2. Die römischen Blätter melden,
find in Rom vier belgische Minister eingetroffen, um sich mit
den leitenden Staatsmännern und Politikern zu besprechen. Sie
werden auch dem Balkan einen Besuch machen.

Allgemeine Brotrationierung in England notwendig
we Basel, 22. 2. Nach Blattermeldungen rechnet Lord
Randa mit der Notwendigkeit einer allgemeinen Brotrationierung,
da sich durch die Abgabe von Getreide an Italien und Frank-
reich die Vorräte Großbritanniens erheblich vermindert haben.

Östen

o In Eismärchen rücken unsere Truppen auf der ge-
samten Ostfront nach Russland hinein. Nach allem, was
wir bisher über die Verfassung der russischen Front wußten,
haben wir den russischen Zusammenbruch nicht anders er-
wartet, als wie er tatsächlich erfolgt ist. Die russischen Truppen
leisten gewöhnlich gar keinen Widerstand mehr. Unser Vor-
marsch wurde von der russischen Bevölkerung, wie wir aus
zahlreichen Überläuferauslagen wissen, geradezu herbeige-
wünscht. Wir kommen der russischen Bevölkerung daher auch
nicht als Feinde, sondern als Freunde. Unsere Truppen sind
angewiesen worden, sich besonders diszipliniert zu benehmen.
Die erste Ausgabe, die bereits in Angriff genommen ist, ist die
Wiederherstellung der Eisenbahnen, vor allem in der Ukraine.

In Finnland hat sich die Weiße Garde weiter in schweren
Kämpfen der Roten Garde zu erwehren. In der Ukraine
sollen die meisten größeren Städte und Eisenbahnknotenpunkte
in der Hand der Bolschewiki sein, die mit rücksichtlosem
Terror austreten. Riew soll unter der rücksichtlosen Beleidigung
durch die Bolschewiki stark gelitten haben. Ein ultra-
nietistischer Oberst sagte aus, daß obwohl die Bolschewiki die
Getreidevorräte aus der Ukraine auszuführen versuchten, diese
Vorräte aus dem Jahre 1914 noch in solcher Menge vor-
handen seien, daß die Bolschewiki wegen der schlechten Ver-
kehrshverhältnisse außerstande seien, den Abschub durchzuführen.

Im Gouvernement Cherson seien allein wenigstens 80 000
Pud Getreide eingezärt. Die Lage in Bessarabien ist unsicher.

Das schreckliche Friedensangebot in unseren Händen!

o Berlin, 21. Februar. Wie wir hören, sind die russischen
Botschaftsmänner der Aufforderung, ihr Friedensangebot
schriftlich zu bestätigen, gestern nachgekommen. Das dies-
bezügliche Schreiben hat unsere Linien inzwischen passiert.
Damit dürften auch die seit einigen Tagen umlaufenden Ge-
rächte von einem Sturz der Regierung Trotski und Lenins
hinfällig sein.

o Berlin, 22. 2. Der russische Räuber traf gestern abend
in Berlin ein und überreichte den Friedensvorschlag der
Petersburger Regierung. Die Urdame, die mit dem bekannten
Petersburger Fünfprinzip wörtlich übereinstimmt, ist von Lenin
und Trotski unterzeichnet. Über den Inhalt der deutschen
Antwortnote, die hier in einigen Tagen abgefaßt werden
dürfte, werden noch Beratungen gepflogen. Wie berichtet
wird, würden die neuen Verhandlungen auf Grund eines
Programms, das von beiden Seiten vorab genannt festgelegt
werden soll, in Brest-Litowsk wieder aufgenommen werden.
Auf deutscher Seite werden die Verhandlungen von Persönlich-
keiten geführt, die die Materie während der letzten Verhand-
lungen in Brest-Litowsk genau kennen gelernt haben. Staats-
sekretär von Rühlmann dürfte erst zur Unterschrift in
Brest-Litowsk eintreffen. Inzwischen wird Herr von Kuhl

mann in Polens oder Russland, der Ort dieser Konferenz
ist noch nicht endgültig bestimmt, unsere Interessen wahr-
nehmen. Am Sonntag, den 24., oder Montag, den 25. 2.
soll mit den Verhandlungen begonnen werden.

Der Vertrag mit der Ukraine im Hauptausschuß
w Berlin, 21. 2. Der Hauptausschuß des Reichstages
beriet heute die wirtschaftliche Seite des Friedensvertrages
mit der ukrainischen Volksrepublik. Exzellenz Röderer erläuterte
die einschlägigen Bestimmungen. Der Vertrag läßt zu
einem engeren wirtschaftlichen Zusammenhang mit Österreich
freie Hand. Der Austausch landwirtschaftlicher und industriel-
ler Erzeugnisse zwischen uns und der Ukraine soll durch Zentral-
stellen unter staatlicher Kontrolle unter Mitwirkung gemeinsamer
Kommissionen erfolgen. Die Vertreter der Ukraine waren
nicht in der Lage, genaue Angaben über die in ihrem Lande
lagernden Lebensmittelmengen zu geben. Es dürfen aber erhebliche
Mengen vorhanden sein. Am guten Willen, sie zu liefern, fehlt es den Ukrainer nicht. Unterseits haben diese
Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten usw. Unter-
staatssekretär Göppert gab Auskunft über die Organisation
der erwähnten Zentralstellen. Die Zufuhr von Getreide wird
möglichst gefördert. Es ist zu diesem Zweck Aufnahme des
Schiffsvorfahrts auf dem Schwarzen Meer nach der Befestigung
der Minen in Aussicht genommen. Hierauf gab General
Friedrich Auskunft über die Auflösungstätigkeit bei den ge-
fangenen Ukrainern. Die in Frage kommenden Ukrainer werden
in der Regel sein, daheim die Dägen der Entente und deren
Agitation zurückzuwerfen. In der Nachmittagssitzung des
Hauptausschusses des Reichstages wurde der Friedensvertrag
mit der ukrainischen Volksrepublik angenommen.

Die Annahme des Friedensvertrages mit der Ukraine
und des Zusatzvertrages im Hauptausschuß des Reichstages
erfolgte gegen 2 Stimmen der unabhängigen Sozialdemo-
kraten in Abwesenheit der Polen.

Rühlmann reist nach Bucarest
w Berlin, 21. Februar. (Amtlich) Der Staatssekretär von
Rühlmann begibt sich heute abend über Wien nach
Bucarest.

Ausschluß der Verhandlungen mit Rumänien

wi Wien, 21. Febr. Die Morgenblätter melden: Graf
Czernin hat seine Reise nach Bucarest um einige Tage ver-
schoben, um zunächst die weitere Entwicklung der neu aufgetauchten
russischen Friedensfrage abzuwarten. Man nimmt hier an,
daß das schriftliche russische Friedensangebot im Laufe des
heutigen Tages die deutschen Linien erreichen kann. Zur Auf-
nahme der Befreiungen mit Rumänien hat Graf Czernin
vorerstgehend seinen ersten Sektionschef mit seiner Vertretung
beauftragt.

„Z. Et.“ berichtet: Von maßgebender Seite wird mit-
geteilt, daß der Pessimismus bezüglich der rumänischen Fried-
ensverhandlungen insofern berechtigt ist, als der Gebie-
hunger der Rumänen wieder zugewonnen hat. Sollte Rumänien
im Laufe der Verhandlungen zu Verständnis kommen
und die Unmöglichkeit seiner Aspiration einsehen, so ist ein
Friede nicht ausgeschlossen.

wi Berlin, 22. 2. In der rumänischen Hauptstadt werden
Exzellenz von Rühlmann und Graf Czernin ihre Be-
sprechungen mit dem General Woress beginnen, um möglichst
 bald unter Verhältnis zu Rumänien zu lären. Was die
Führung der Verhandlungen angeht, so ist man unsererseits
nach den mit Trotski in Brest-Litowsk gemachten Erfahrungen
seit entschlossen, eine Wiederholung des Doppelspiels, wie
es die russischen Unterhändler mit den Vertretern der Mittel-
mächte getrieben haben, nicht zu gestatten. Unsere Regierung
wird in Rumänien für die Verhandlungen nur soviel Spielraum unbedingt
erfordern und keinen Zweifel darüber lassen, daß sie gewillt
ist, die Forderungen, welche sie billigerweise stellen kann,
durchzubringen. Wenn die Verhandlungen durch die Schuld
der Rumänen scheitern sollten, so werden sie die Folgerungen
zu ziehen haben.

wi Berlin, 21. 2. Die „Wiener Mittagszeitung“ vom
20. d. M. bringt folgende offenbar inspirierte Mitteilung:
Was Rumänien betrifft, so ist kein Anzeichen dafür vorhanden,
daß die Rumänen der bestehenden Sachelage Rechnung
tragen und die Konsequenzen aus ihren Niederlagen besonders
hinsichtlich der berechtigten bulgarischen Forderungen ziehen
wollen. Für uns ist die Angelegenheit nicht brennend. Wenn
Rumänien, dem der Friede unabsehbliches Bedürfnis ist,
geneigt ist, auf vernünftiger Basis mitzuverhandeln, wird
es uns leichter finden, wie uns die Bolschewiken bereit standen,
denen gegenüber wir wohl das höchste Maß von Geduld
befunden. Gedenkt Rumänien anders vorzugehen, so hat
es sich die Folgen selbst zuzufreien. Die Rumänen sind es,
die um die Einleitung von Verhandlungen ersuchen.

Die Hölle unserer Gefangen in Russland
w Berlin, 21. Febr. Aus Meldungen, die jetzt nach
und nach aus Russland eingehen, erscheint man deutlich, wie es
um die schönen Phrasen der Bolschewiken von der Gerechtigkeit
und Menschlichkeit bestellt ist. Die Unterkunftsstämme unserer
Gefangenen stammen von Schmutz und Wimmel von
Ungeziefer. Die Laufüberlast der russischen Gefangenenzäume
erzeugt zahlreiche Krankheiten und Seuchen. Die Sterblich-
keit unter den Gefangenen beträgt nach Angaben von ein-
wandfreien Zeugen 40 Prozent. Das ist recht so, hier sollen
sie verreden! hat nach edlicher Aussage ein Röhling von
Lagerkommandant erklärt. Da es an Medikamenten und
Verbandstoffen fehlt, wird Watte ungereinigt immer wieder
verwendet, bis sie vollständig von Eiter durchtränkt ist. Kranken
mit ansteckenden Krankheiten werden nicht in Isolierbaracken
untergebracht. Amputiertheit und Fußtritte sind an der Tages-
ordnung.

Und solche Greuel geschehen in der freien Republik, die sich
allen anderen unendlich überlegen dünkt. Es ist hier dieselbe
Sache wie überall. Der ganze Bolschewismus ist ein Phrasen-
rausch. Was will die Regierung tun? Vergeltung ist am
Platz nicht an den wehrlohen Gehilfen in Petersburg, die der Welt vor-
schwärzen, sie wollen sie vom Joch des Kapitalismus befreien
und die ihr in Wahrheit ein viel grauenvolles Joch aufzugeben,
das der Anatolie, der Entfesselung aller niedrigen
Instinkte und der Gewalttherrschaft der Roheit.

wi Budapest, 22. Febr. Im Abgeordnetenhaus sagte
auf eine Anfrage über die Friedensverhandlungen mit Ru-
mänien Ministerpräsident Dr. Wekerle: Mit Rumänien werden
Verhandlungen geführt, bezüglich deren ich die Ausführung er-
lauben kann, daß sowohl ich hoffe, sicher zu Friedensverhandlungen
führen werden. Wir werden selbstverständlich als
Pflicht erachtet, im Laufe der Verhandlungen unsere staat-
lichen Interessen nach jeder Richtung hin zu deden. 1. Im Ge-
sichtspunkt der Verteidigung. 2. Vom wirtschaftlichen Gesichts-
punkt. 3. Vom Gesichtspunkt des Verkehrs zu Breslau und
zu Lande. 4. Auch in der Richtung, daß jede Einigung Rumäniens
in unsere inneren Angelegenheiten unmöglich werde.
Wir legen auch Gewicht darauf, daß die Lage unserer in Ru-
mänien wohnenden Brüder in jeder Hinsicht gesichert werde-

Der Gefangenenaustausch

w Berlin, 21. 2. Noch kurz vor der Abreise der deutschen
Mitglieder der Petersburger Kommission haben diese mit den
russischen Vertretern unter dem Vorbehalt der Genehmigung
ihrer Regierungen eine Vereinbarung über die Heimbe-
förderung der beiderseitigen Zivilangehörigen unterzeichnet. Aus
den Bestimmungen dieser Vereinbarung ist hervorzuheben,
daß entsprechend dem bekanntlich nicht ratifizierten Ropenha-
gener Protokoll die von den russischen Truppen nach Russland
fortgeführten Österreicher ohne Rücksicht auf Alter und Ge-
schlecht in die Heimat befördert werden sollen. Von den übrigen
in Russland zurückgehaltenen deutschen Bürgersonnen sind
zunächst die Frauen und Mädchen, die männlichen Personen
unter 16 und über 45 Jahren, die diensttauglichen Männer
innerhalb dieser Altersgrenze, sowie die Arbeiter und Geist-
lichen jeden Alters heimzufördern. Die deutsche Regierung
hat ihre Genehmigung zu der Vereinbarung ausgesprochen.
Die Genehmigungserklärung der russischen Regierung steht
noch aus.

Der holländische Gesandte in Petersburg

wi Basel, 22. 2. Aus Paris wird gemeldet, daß der
holländische Gesandte in Petersburg angefallen und verhaftet
worden ist.

wi Amsterdam, 20. 2. Einem hierigen Blatt zufolge
erfährt „Times“ aus Petersburg, daß einige russische Groß-
fürsten und Großfürstinnen eine Petition an die Regierung
der Bolschewiki sandten, in welcher sie ersuchen, der Familie
des Zaren zu erlauben, Tobolsk zu verlassen und nach Fran-
kreich oder England zu gehen. Sie ersuchen, daß alle Rechte
über eine Teilnahme an Verschwörungen zur Wiederherstellung
der Monarchie unrichtig sind und verzichten auf alle Rechte
auf den Thron.

Die Schandtaten in Estland und Livland

wi Riga, 19. 2. Flüchtlinge erzählen, daß sich die Lage
in Estland und Livland täglich verschärft. In Stadt
und Kreis Werro sind über 100 Deutsche, in Kellin etwa
140 und in Pernau etwa 24 verhaftet worden. In den
lettischen Kreisen haben Verhaftungen bis jetzt noch nicht
stattgefunden.

Die Roten wollen die Finnen austotten

wi Bern, 21. 2. „Morning Post“ meldet: In Stad-
holm vom 16. d. M. Mit der schwedischen Legionäre
aus den finnischen Häfen angekommene Flüchtlinge erzählen,
daß die Roten Garden angelösigt haben, daß alle Personen
männlichen Geschlechts über 12 Jahre getötet werden sollen.
Aus Helsingfors verlautet, daß die Roten Garden die Stadt
plündern und daß die Anarchisten den Ausschluß für die
Territorialarmee als Feinde erklärt haben. Der Vorsitzende
des Ausschusses habe Petersburg telegraphisch um Ent-
scheidung eines Panzerzuges ersucht. Angeklagt der Ablehnung
des schwedischen Vermittlungsangebotes durch die finnische
Regierung haben die schwedischen Sozialdemokraten einen be-
sonderen Abgeordneten nach Finnland entsandt, um in die
finnischen Sozialdemokraten zu dringen, die Ablehnung
rüdagängig zu machen.

Die polnisch-ukrainische Grenzregulierung

wi Wien, 22. 2. Die Aktionen betreffend den Verlauf
der Grenze der Ukraine und Polen sind ausdrücklich ein Werk
der Grafen Czernin und der ukrainischen Delegationen. Die
deutsche Vertretung hat sich in dieser Frage ausdrücklich voll-
ständig disinteressiert erklärt. Wenn jetzt von einer Änderung
des Paragraphen 2 des Vertrages, der sich auf die Festlegung
der Grenze bezieht, die Rede ist, daß ein Teil des Cholmer Ge-
biets nun doch an Polen fallen soll, so ist das als eine Kom-
penstation der Ukraine für die auch von Österreich-Ungarn gegen
die Großrussen zugeführte Unterstützung auszufassen.

Ergebnisse zur See

wi Amsterdam, 21. 2. Nach den Angaben der englischen
Admiralität sollen in der vergangenen Woche 12 Schiffe über
und 3 unter 1600 Tonnen sowie Fischdampfer versenkt worden

Kleine politische Nachrichten

wi Berlin, 21. 2. Der Wahlkreisausschuß des Abgeord-
netenhauses verwies heute eine Reihe von Paragraphen an
einen Unterausschuß und führte die Beratungen über die Ab-
geordnetenhausvorlage vorläufig zu Ende.

Das Kreuzfeuer gegen die längste Stecke Griechen

wi Rama, 20. Febr. Ein englischer Dampfer landete in
der Subdukt 119 verurteilte oder angeklagte griechische Offi-
zielle, darunter einen Admiral und zwei Generale, die im
Gefängnis interniert werden sollen.

wi Bern, 21. 2. Die „Union Helenica“ in der Schweiz
richtet einen Aufruf an das Schweizer Volk und alle anderen
Neutralen gegen die erzwungene Kriegsbeteiligung Griechenlands,
welche nur die Opferung eines weiteren kleineren Volkes bedeute.
Sie bestreitet denjenigen, welche nur mit Hilfe des Auslandes
augenblicklich Griechenland in den Händen haben, jedes Recht,
namens des griechischen Volkes zu sprechen, seine Geschichte zu
leiten und ihm den Krieg aufzuzwingen.

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 22. Februar 1918.